



## Bericht und Beschlussempfehlung

### des Bildungsausschusses

**a) Die Bedingungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 20/1588](#)

**b) Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium**

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/1608](#)

**c) Reform des Praktischen Jahres im Medizinstudium**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 20/1614](#)

Der Bildungsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 24. November 2023 überwiesenen Anträgen am 25. April 2024 befasst. Zu dieser Sitzung haben die Fraktionen einen interfraktionellen Änderungsantrag vorgelegt ([Umdruck 20/3108](#)).

Im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die Anträge Drucksachen 20/1588, 20/1608 und 20/1614 für erledigt zu erklären und den nachstehenden Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

## **„Faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Medizinstudierende einen sehr hohen Anteil an verpflichtenden Praktika absolvieren müssen. Viel praktische Lehre ist in der Vorbereitung auf den ärztlichen Alltag durchaus zu begrüßen – dennoch erschwert dies mitunter die Möglichkeit, durch Nebentätigkeiten Geld für den Lebensunterhalt hinzuzuverdienen.

Seit mehreren Jahren steht die Ausgestaltung des Praktischen Jahres aus vielfältigen Gründen in der Kritik: Die fehlende Mindestvergütung, keine Anerkennung von Krankheitstagen und die teilweise unzureichende Anleitung und Betreuung der Studierenden, gepaart mit der hohen Belastung während des PJ, führen in Kombination häufig zu Burn-out und anderen Erkrankungen.

Der dritte und letzte Abschnitt des Medizinstudiums, das Praktische Jahr (PJ), dauert aktuell 48 Wochen, in denen die erworbenen fachlichen Kenntnisse angewandt und die Studierenden so auf den praktischen Berufsalltag vorbereitet werden sollen.

Die Ausgestaltung des PJ ist in der Ärztlichen Approbationsordnung geregelt. Die neue Approbationsordnung wird im Bundesrat zustimmungspflichtig sein, weshalb die Länder einen Einfluss auf deren Ausgestaltung einnehmen können.

Der Landtag bittet deshalb die Landesregierung darum,

- sich dafür einzusetzen, dass attestierte Krankheitstage nicht mehr auf die erlaubte Anzahl an Fehltagen angerechnet werden, um die gängige Praxis, dass Studierende im PJ krank erscheinen und dadurch die Gesundheit ihrer Kolleginnen und Kollegen sowie der Patientinnen und Patienten potenziell gefährden, zu beenden.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Mindestvergütung in der Approbationsordnung festgeschrieben wird und die Gegenfinanzierung auch im Zuge der neuen Krankenhausstrukturreform ausreichend sichergestellt wird.
- sich dafür einzusetzen, dass die Betreuung sowie Lehrveranstaltungen während des PJ, wie in den Entwürfen der Approbationsordnung vorgesehen, zeitnah umgesetzt werden.
- darauf hinzuwirken, dass ein geeigneter Mindestabstand zwischen dem dritten Staatsexamen und dem Ende des PJ eingeführt wird, um eine intensive Vorbereitungsphase außerhalb der Vollzeittätigkeit während des PJ zu gewährleisten.
- sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Medizinstudierenden in Schleswig-Holstein, dem UKSH und anderen Krankenhäusern sowie Einrichtungen, die die Durchführung des Praktischen Jahres anbieten, zusammenzuschließen, um sich gemeinsam auf die Anpassung der neuen Approbationsordnung vorzubereiten.

- darauf hinzuwirken, dass an allen Klinikstandorten Arbeitskleidung, geeignete Umkleieräume und Aufbewahrungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- attraktive Strategien zu entwickeln, um Studierende aus Schleswig-Holstein sowie PJ-Studierende aus anderen Ländern in Schleswig-Holstein zu halten beziehungsweise für das Praktizieren in Schleswig-Holstein zu motivieren.
- PJ-Studierende, die mangelnde Deutschkenntnisse aufweisen, adäquat zu unterstützen und in Kooperation mit Universitäten und Einrichtungen Hilfeleistungen zur Verfügung zu stellen.“

Martin Habersaat  
Vorsitzender